

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 326

19. Jan. 2005

11. Jahrgang

Versuch und Irrtum – Merkmale der Sicherheitspolitik

Bei der Präsentation des Rechenschaftsberichts über sein erstes Regierungsjahr, sagte Präsident Oscar Berger gegenüber der Presse: "Ich gebe zu, wir haben Fehler gemacht (...), aber wir haben unser Bestes getan." In Bezug auf die Sicherheitsfrage, welche die letzten 12 Monaten geprägt hat, gestand er, dass sie die Hauptschwäche seiner Administration ist, zeigte sich aber optimistisch, sei doch die Anzahl der Anzeigen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Ob das an der Verbesserung des Sicherheitsapparates liegt oder ob die im Verlauf des letzten Jahres oftmals willkürlich erschienenen Massnahmen dazu führten, dass die Bevölkerung kein Vertrauen mehr in diesen hat und sich gar nicht erst die Mühe macht, ein Verbrechen anzuzeigen, darüber kann man streiten. Das folgende Editorial aus der Tageszeitung *Siglo XXI* vom 30. Dezember 2004, sowie die ergänzenden Kurzmeldungen zum Thema Sicherheit bestärken eher die zweite Position.

Monatlich wurden im vergangenen Jahr im Durchschnitt 366 Personen ermordet. Als ob jemand in einem Labor Versuchsbedingungen für chemische Reaktionen aufbaut, setzen die Verantwortlichen des Innenministeriums verschiedene Massnahmen in Gang, um die bereits bekannten Indizien der Kriminalität und Delinquenz zu bremsen, die sich als Hauptmakel des ersten Regierungsjahres von Präsident Óscar Berger herausgestellt haben.

Ein Teil der Experimente fusst auf die unfruchtbaren Ernennungen von Verantwortlichen für das Thema Sicherheit. Die erste fand mit der Designierung des Anwalts Arturo Soto als Innenminister statt. Sein fachlicher und politischer Werdegang reichten nicht aus, die Verbrechenswelle anzuhalten, die sich in den folgenden sechs Monaten entfesselte. Die Krise erreichte Anfang Juli ihren Höhepunkt, als 28 Morde innerhalb von 48 Stunden gemeldet wurden. Mitte desselben Monats wurde die Ermordung von Jaime Cáceres Knox bekannt, dem Vorstandspräsidenten des *Nationalen Elektrizitätsinstituts* (INDE). Anscheinend tauchte kein Verantwortlicher des Innenministeriums am Ort des Geschehens auf.

Aus Anstand oder persönlichen Gründen trat Soto drei Tage nach dem Verbrechen an Cáceres Knox zurück und wurde dadurch zum zweiten Funktionär hohen Ranges, der dem Sicherheitsressort den Rücken kehrte. Monate vorher hatte dies Otto Pérez Molina, General a.D., getan, der zum Präsidiellen Kommissar für Sicherheit und Verteidigung ernannt worden war. Statt die zu erwartenden Früchte zu tragen, hinterliess die Arbeit des Militärs einen schlechten Geschmack im Gaumen des Präsidenten, liess er doch halberledigte Aufgaben liegen und zog sich zurück, als er hörte, dass der Mandatsträger eine Annäherung zum Führer der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), Efraín Ríos Montt, gesucht hatte.

Die folgende Phase des Experiments schloss mit einer "Komplettschirurgie" des Innenministeriums, die Carlos Vielmann, Ex-Kommissar für Transparenz, als neuen Minister und Erwin Sperisen als Direktor der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) hervorbrachte.

Die Taktik, Aktionsmassnahmen gegen die Gewalt anzukündigen, ist nicht Exklusivpraxis der Administration Bergers. Nichtsdestotrotz, womit diese Regierung prahlen kann, ist das Geschick, diese Art von Übungen in Sachen Sicherheit

tatsächlich einzuführen. Auch wenn manche Namen erfindungsreich klingen, schwächen die Ergebnisse die Hoffnungen von fast 12 Mio. GuatemalteInnen auf ein Klima von Sicherheit. In weniger als einem Jahr wurde Folgendes in die Wege geleitet:

Militärgeheimdienst. Angesichts der eindeutigen Unfähigkeit der zivilen Kräfte, das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, kündigt Regierungschef Berger während des Graduationsaktes von 448 AgentInnen der Zivilpolizei (PNC) an, dass man auf den Militärgeheimdienst (bekannt als „G-2“) für die Untersuchung der organisierten Banden zurückgegriffen habe. "Wir haben niemanden sonst, der die Arbeit eines Geheimdienstes gegen diese Kreise übernimmt; das Militär wird sich dem annehmen", versicherte Berger.

Kreuzzug gegen die Gewalt. Dies ist der erste operative Plan des Innenministers Carlos Vielmann, präsentiert just vier Tage nach Amtsübernahme, als Palliativmassnahme gegen die Welle der Gewalt. Doch der Index der Verbrechensrate, über die *Siglo XXI* täglich berichtet, macht einmal mehr deutlich, dass auch diese chemische Versuchsformel nicht zur gewünschten Reaktion führt.

Ein Bericht, der die Leichen im Leichenschauhaus des Gerichts der Hauptstadt und aus der Stadt Amatitlán berücksichtigt, deckt auf, dass die gewalttätigen Tode im Departement Guatemala in beschleunigter Weise zugenommen haben. In den letzten drei Juliwochen wurden 84 Tote gemeldet, im August waren es 153. Die Morde stiegen im September auf 155, im Oktober auf 179 während im November schliesslich 191 registriert wurden. Wie viele gewalttätige Verbrechen Ende Dezember im Departement Guatemala berichtet werden, steht zum Zeitpunkt noch nicht fest.

Die offiziellen Zahlen bestätigen, dass die Morde die Liste der Verbrechen anführen. Während des Jahres 2003 wurden vom Ministerium 3'842 Fälle verlautbart. Noch vor Ende 2004 war diese Zahl längst überholt, allein bis November wurden 4'025 gezählt, das macht durchschnittlich 366 ermordete Personen pro Monat.

Plan Sichere Reise. Wie nie zuvor, verwandelten sich die Überfälle auf innerstädtische wie Überlandbusse

in blutige Anschläge. Auch wenn 2003 von 153 Gewalttaten berichtet wurde, registrierten die offiziellen Angaben bis November 2004 bereits 149, wobei die Angriffe das Leben von mindestens einem Dutzend Personen forderten.

Gemeinsame Patrouillen. Als Massnahme zur Eindämmung der Gewalt, die gegen den Tourismus-Sektor entbrannt ist, setzte das Innenministerium eine verbesserte Formel der kombinierten Kräfte an. Die Übergriffe auf AusländerInnen und TouristInnen hatten zur Folge, dass die USA, Holland, England und Österreich ihre BürgerInnen vor einer Reise nach Guatemala warnten.

Auch El Salvador und Honduras schlossen sich den europäischen Ländern an und erhoben Anklage, dass ihre EinwohnerInnen auf den Strassen gen

Guatemala ständig attackiert würden. Eine weitere Palliativmassnahme war die Schaffung einer Kommission auf hoher Ebene, die sich persönlich dafür einsetzte, die Wogen zu den Nachbarländern zu glätten.

Ferngläser und Patrouillen zu Pferd. Das jüngste Experiment zur Bekämpfung der Delinquenz wurde vor wenigen Sonntagen während der Übergabe neuer Fahrzeuge an die Zivilpolizei angekündigt. Diesmal wies der Polizeidirektor darauf hin, dass als Teil des Weihnachtssicherheitsplans der neue Ansatz zum Aufhalten der Überfallwelle die Platzierung von PolizistInnen an strategischen Punkten wie Gebäuden beinhalte, von wo aus mit Ferngläser Ballungsplätze überwacht werden sollen. Zusätzlich zu den 65 Streifenwagen und 1'490 Motorrädern soll eine be-

stimmte Anzahl berittener Polizei hinzugefügt werden, die ebenfalls für den Kampf gegen das Verbrechen vorgesehen sind.

Die Millionenfrage liegt nahe: Wie viele Pläne sind noch nötig, um die Experiment-Reihe nach dem Motto *Try and Error* zu beenden und endlich die Formel zu finden, der Unsicherheit in diesem Land ein Ende zu setzen?

Elf Monate nach Amtsantritt gab Vizepräsident Eduardo Stein offiziell während eines Mittagessens mit RedakteurInnen von *Siglo XXI* zu, was der Öffentlichkeit längst bekannt ist: die Erfolge der aktuellen Regierung in Sachen Sicherheit sind schwach.

Damit scheint offensichtlich, dass die 366 monatlich ermordeten Guatemaltekinnen der Versuch des Irrtums waren.

Drei AgentInnen der Polizei ermitteln in 257 Morden an Frauen

Guatemala, 08. Jan. Die Zahl des verantwortlichen Personals bei der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) zur Aufklärung der Morde an Frauen, wurde von 22 auf 5 gekürzt, wobei eine Person derzeit im Urlaub, eine andere bei einer Weiterbildung weilt. Die verbleibenden drei AgentInnen sind nun zuständig für 257 Akten. Im vergangenen Jahr, als diese PNC-Sektion noch über alle Mitglieder verfügte, wurden 77 Verdächtige festgenommen und 142 Fälle gelöst.

Erwin Sperisen, Chef der PNC, erklärte die Reduktion des Personals mit einem generell sehr grossen Mangel an

ErmittlerInnen, zudem sei das Verhältnis der Morde an Männern im Vergleich zu dem an Frauen drei zu eins, die Zuweisung der AgentInnen entsprechend zu bewerkstelligen.

Die Statistiken der PNC weisen für das Jahr 2004 insgesamt 531 Morde an Frauen auf, das *Netzwerk gegen Gewalt gegen Frauen* berichtet von 527 und macht darauf aufmerksam, dass dies 144 mehr waren als im Jahr zuvor.

Im September 2004 besuchte die Sonderbeauftragte für die Rechte der Frau der *Organisation der Amerikanischen Staaten* (OEA) Susana Villarán

das Land und versuchte sich ein Bild der Situation in Bezug auf die Gewalttaten gegen die Frauen im Land zu machen. Zudem traf sie sich mit Präsident Óscar Berger, Innenminister Carlos Vielmann und PNC-Direktor Sperisen. Nach Gesprächen mit FunktionärInnen der Staatsanwaltschaft und der Polizei empfahl Villarán ein verstärktes und ernsthafteres Engagement, mit dem die Morde an Frauen anzugehen sei. Zu jenem Zeitpunkt verfügte die verantwortliche Sektion in der Hauptstadt noch nebst den 22 AgentInnen über ein Fahrzeug, drei Telefone und einen Computer.

Nachwuchsprobleme bei der Polizei

Guatemala, 6. Jan. Im vergangenen Jahr wurden 542 PolizistInnen aus dem Dienst entlassen, angeschuldigt der Korruption und der Beteiligung an Verbrechen wie Entführungen, Überfällen, Drogenhandel, Mord und Vergewaltigung. Die "Säuberung" in den Reihen der Sicherheitskräfte soll laut Polizeidirektor Sperisen auch im Jahr 2005 weitergeführt werden.

Die entlassenen PolizistInnen sollen durch junge, frisch ausgebildete Kräfte ersetzt werden. Am 14. Februar beginnt an der Polizeiakademie ein Lehrgang, der elf Monate dauert (6 Monate Theorie und 5 Monate Praxis) und an dem 1'200 zukünftige Sicherheitskräfte ausgebildet werden.

Im Moment laufen die Aufnahmeverfahren für den Kurs, doch gibt es noch keine konkreten Angaben darüber, wie viele der 3'500 interessierten BewerberInnen den Aufnahmebedingungen wirklich entsprechen. Gemäss der Aus-

wahlkommission würden die meisten der AspirantInnen zurückgewiesen, weil sie entweder über das Höchstalter von 25 Jahren überschritten, weil sie nicht über die entsprechende Schulbildung verfügen, weil sie Tätowierungen am Körper trügen oder weil sie gefälschte Dokumente vorwiesen. Wer diese Hürde schafft, wird einer medizinisch-psychologischen Untersuchung unterzogen, einem Intelligenztest, einer Schriftanalyse sowie einem Doping-Test. Weitere Bedingung für die Aufnahme in den Polizeikurs ist, dass die BewerberInnen nicht vorbestraft sind. Männer müssen mindestens 1.58 m gross sein, für Frauen gilt eine Mindestgrösse von 1.53 m, dafür dürfen sie bei Ausbildungsbeginn weder schwanger sein noch dies im Verlauf des Kurses werden.

Erfolgreiche KursabsolventInnen verdienen als frischgebackeneR PolizistIn ein Monatsgehalt von 2'500 Quetzales (ca. 315 US-\$.).

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Neuer Plan ersetzt kombinierte Patrouillen

Guatemala, 28. Dez. Die kombinierten Patrouillen zu Fuss von Militärs und PolizistInnen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit in der Hauptstadt werden ersetzt durch den Einsatz von Autostreifen, informierte die *Nationale Zivilpolizei* (PNC). Diese Massnahme wird ab dem 15. Januar direkt im Anschluss an den dann abgeschlossenen "Kreuzzugplan gegen die Gewalt" eingeführt.

Erwin Sperisen, Direktor der Institution, wies darauf hin, dass der genannte Plan durchaus Erfolg gezeitigt habe, sei doch erreicht worden, die Gewalt in den

Gebieten wie im Stadtteil El Mezquital in der Zone 12 und in einigen Vierteln der Zone 18 zu reduzieren.

Mit der Veränderung wird das PNC-Personal, das zur Durchführung des Kreuzzuges extra aus der Provinz in die Hauptstadt versetzt worden war, wieder zurückgeschickt.

"Der Plan war improvisiert und oberflächlich und wartete als Unterstützung in einem Moment grosser Unsicherheit auf. Nun müsste endlich über grundlegende Initiativen nachgedacht werden, die an den Wurzeln der Gewalt ansetzen", so

Adela Torrebiarte von der Gruppe *Madres Angustiadas*.

Der Kreuzzugplan war im Juli 2004 in Angriff genommen worden und bestand darin, die Polizei in der Hauptstadt durch AgentInnen und Fahrzeuge aus den Dienststellen der Departements zu stärken. Zwischen 30 und 50% dieser Polizeistationen wurden davon in Anspruch genommen. Von vornherein war der Plan von AnalystInnen in Sachen Sicherheit kritisiert worden, blieben dadurch doch weite Bereiche auf dem Land polizeilich ungeschützt.

Nachbarschaftsverhältnisse: El Salvador und Honduras

Guatemala, 28. Dez. Der vermeintliche Anstieg von Überfällen durch Jugendbanden auf der Strasse Richtung El Salvador bewege möglicherweise die Guatemalteken dazu, als Revanche auf ähnliches Vorgehen der SalvadorianerInnen, ihre MitbürgerInnen vor einer Reise ins Nachbarland zu warnen.

Soweit der Kommentar von Innenminister Carlos Vielmann zu den Plakatewänden, die von einer salvadorianischen Gruppe, zu der Geschäftsleute und Opfer von Überfällen gehören, an einigen Stellen des Grenzübergangs zwischen Guatemala und El Salvador aufgestellt worden sind. Auf diesen Schildern stehen Botschaften wie "Lass die Diebe ohne Arbeit, fahre nicht mit dem Auto nach Guatemala" (mala = schlecht).

Trotz der Ansicht, die Plakate seien unverschämt, äusserten manche sozialen Sektoren in Guatemala durchaus Verständnis für die Aktion der SalvadorianerInnen. Diese Gruppe, genannt *Opfer von Guatemala*, hatte die Schilder Mitte Dezember aufgestellt. "Auch wenn sie es nicht so meinen, bezeichnen sie uns alle durch die Bank als Kriminelle". So oder ähnlich werden die Warntafeln in Guatemala bewertet. Gemäss der *Opfer Guatemalas* sind in den letzten 20 Jahren rund 200 Überfäl-

le auf einzelne und in Gruppen reisende TouristInnen aus El Salvador verübt worden. Erheblich höher wird die Anzahl der Überfälle auf Gütertransporte geschätzt.

Zu einem diplomatischen Problem wurde die Angelegenheit, als Ende des Jahres der salvadorianische Vizeminister für öffentliche Bauten, Carlos José Guerrero, in Guatemala Opfer eines Raubüberfalls wurde. Die Reaktionen waren die Entsendung einer Spezialeinheit der Interpolabteilung von El Salvador nach Guatemala, um den Überfall auf den Vizeminister zu untersuchen sowie ein Kommentar des Innenministers, René Figueroa, die Parolen hätten offenbar ihre Berechtigung. Um zu beweisen, wie sicher die Strasse zwischen den beiden Ländern ist, reiste Präsident Berger persönlich die Strecke ab - begleitet von einem Sicherheitstross und siehe da, es geschah ihm nichts!

In den selben Tagen verkündeten die Verantwortlichen in Honduras, digitale Fotos von vermutlichen Jugendbandenmitgliedern erstellt zu haben, die als Schilder im ganzen Land aufgestellt und an diverse Polizeidienststellen in El Salvador und Guatemala geschickt werden. Erwin Sperisen, Chef der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) gab bekannt, dass die Zahl der

AgentInnen und Streifen an den Grenzen zu Honduras erhöht worden seien. Dies gründe sich auf die Befürchtung, dass die mutmasslichen jugendlichen Delinquenten, die am 23. Dezember in einem Stadtteil von San Pedro Sula, Honduras, 30 Personen getötet und 35 weitere verletzt haben, in die Nachbarländer ausreisen. Die Regierung von Honduras habe die genannten Sicherheitsvorkehrungen erbeten, so der PNC-Funktionär.

Honduras Präsident Ricardo Maduro bietet US-\$ 50'000 für Informationen zur Identifizierung der TäterInnen. Wilmer Torres, Sprecher der honduranischen Polizei, berichtet, dass erste Ermittlungen ergeben hätten, dass es sich bei den AttentäterInnen auf den Bus um Mitglieder der berühmt-berüchtigten Jugendbande *Salvatrucha* handle. Dennoch sei nicht ausgeschlossen, dass die Guerilla-Gruppierung *Volksbewegung der Befreiung* (MPL), die in der Dekade der 80er aktiv war, wieder aufgetaucht und in den Fall involviert sei.

Gemäss dem honduranischen Sicherheitsminister, Oscar Alvarez, wird das US-amerikanische FBI eine Equipe nach Zentralamerika schicken, welche die dortigen Regierungen bei der Bekämpfung der *Maras* beraten will.

Drogenbekämpfung - Kritik aus den USA

Guatemala, 4. Jan. Der guatemalteke Kampf gegen den Drogenhandel sei verloren und den USA blieben weder Hoffnung auf Besserung noch eigenes ausreichendes Interesse, die Ausradierung dieses Phänomens erfolgreich zu unterstützen, versicherte ein Bericht des *Rates für Angelegenheiten der Hemisphäre* (COHA) mit Sitz in Washington. Das Dokument dieses Politikzentrums stützt sich auf Aussagen von US-amerikanischen FunktionärInnen und Untersuchungen über den Drogenverkehr in Guatemala. Darin wird die Korruption und Passivität in Guatemala kritisiert, jedoch

auch auf entsprechend fehlendes Engagement von Seiten der USA verwiesen.

"Guatemala ist zu einem Knotenpunkt des Drogenhandels zwischen Süd- und Nordamerika geworden, da es in diesem Land den geringsten Widerstand gibt", so ein Zitat der US-amerikanischen *Abteilung gegen den Drogenverkehr* (DEA), die Guatemala vor wenigen Jahren zeitweilig auf die Schwarze Liste der erfolglos drogenbekämpfenden Länder gesetzt hatte. Eine andere Person der DEA beschrieb den Drogenkampf in Guatemala und Nicaragua als "Fussballspiel, in dem völlige Laien gegen die Stars der welt-

besten Mannschaft antreten."

"In Washington überwiegt der Pessimismus in Bezug auf Kolumbien und Guatemala, wo es schwieriger ist, die Korruption zu beseitigen als die Köpfe von Drogenkartellen", so Larry Birns, Direktor der COHA. "Washington weiss um die Dimension des Drogenproblems in Guatemala, will aber nichts machen, weil es andere Prioritäten wie das Freihandelsabkommen verfolgt," so Birns. Ryan Roylands, Sprecher der US-Botschaft in Guatemala versicherte, dass seine Regierung durchaus den Drogenhandel bekämpfe, jedoch mehr Ressourcen benötige.

Todesopfer bei Protest gegen Minen

Guatemala, 14. Jan. Der Dienstag, 11. Januar, war der 41. Protesttag gegen den Transport eines 50 Tonnen schweren Zylinders mit einem Durchmesser von sieben Metern, den das kanadische Minenunternehmen *Glamis Gold* nach San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, bringen wollte.

Rund 8'000 BewohnerInnen des Departements Sololá blockierten in einer ersten Aktion Anfang Dezember den Durchgang des Trailers, auf dem das Riesending transportiert wurde und zwangen ihn, unter Schutz von Privatpolizei stehen zu bleiben. Der Grund, weshalb der Transporter auf der Höhe der Strassenkreuzung Los Encuentros überhaupt anhalten musste war, dass es dort eine Fussgängerbrücke gibt, unter der das Fahrzeug mit seiner Ladung nicht durchkam. Während nun das Bewilligungsverfahren für eine temporäre Demontage der Brücke lief und unter der Bevölkerung Unklarheit darüber herrschte, wofür die Maschine überhaupt ins westliche Hochland transportiert werden sollte, organisierten UmweltschützerInnen und GegnerInnen des Minenabbaus den Protest.

Am 6. Januar verhinderten etwa 1'000 Personen zum zweiten Mal die Durchfahrt des Trailers. Offenbar herrschte immer noch Unklarheit darüber, wohin die Steine mahlende Maschine transportiert werden soll, und die BewohnerInnen des Departements Sololá befürchteten, dass es für die Minenprojekte in ihrer Region bestimmt sei. Gemäss dem Bürgermeister von Sololá, Esteban Toj Tzay, liess man auch ihn im Unwissen über den Bestimmungsort der Maschine, als man über die Bewilligung um die Entfernung der Fussgängerbrücke verhandelte. Der von der Regierung einberufene Dialog zur Suche einer friedlichen Lösung verlief ergebnislos. Im Gegenteil, der Departementsgouverneur, Julio Urrea Ruíz, alarmierte die Sicherheitskräfte, die mit einem Aufgebot von über 200 Mann auffuhr, unter ihnen auch Militärangehörige.

An der Verhandlung nahmen u.a. die indigene Bürgermeisterin Dominga Vásquez, Mitglieder des Gemeinderates Oxlajuj Aq'abal' und Bürgermeister Toj Tzay teil, von dem die Bevölkerung verlangte, er solle sich gegen die Machenschaften der Minenbetreiber aussprechen und auf keinen Fall den Abbruch der Brücke bewilligen. Die Protestierenden stellten ein Ultimatum, bis zu dem sich der Trailer zurückziehen sollte, ansonsten würden sie ihn in den Abgrund stürzen.

Seit dem frühen Morgen des 11.

Januar versuchten in Los Encuentros rund 1'000 PolizistInnen einer Spezialeinheit die Tausenden von besetzenden BäuerInnen zu entfernen, um den Weg frei zu machen, damit der Transport durchkomme. Dazu benutzten sie Tränengas in grossen Mengen, Kampfmontur und Waffen, was zum Tod eines Besetzers und zahlreichen Verletzten sowohl unter den Protestierenden wie auch auf Polizeiseite führte. Gemäss Medienberichten verweigerten die Sicherheitskräfte dem Rettungspersonal den Durchlass, um die Verletzten zu bergen, während ein paar Kilometer weiter vorne, an der als La Cuchilla bekannten Abzweigung zum Atitlán-See elf Polizisten als Geiseln festgehalten wurden. Die Zusammenstösse zwischen den schwerbewaffneten Sicherheitskräften und den mit Steinen und Molotov-Coctails antwortenden BäuerInnen zogen sich über den ganzen Tag hin. Der getötete Raúl Castro Bocel war offenbar ein Arbeiter in einem Reifenservice an der Strasse, an der der Protest stattfand. Zusammen mit seinem Sohn trieb ihn die Neugierde zu den Ereignissen. Auf dem Weg zurück in die Werkstatt wurde er von hinten erschossen.

Dies ist das zweite Mal innerhalb weniger Monate, dass die Regierung einem Protest der Bevölkerung gewaltsam begegnet, währenddessen gleichzeitig Verhandlungen über eine gewaltfreie Lösung im Gange sind. Die "Durchsetzung des Rechtsstaates" ist die Begründung ihres Verhaltens, wobei offenbar Tote und Verletzte in Kauf genommen werden. Während es sich im Fall der brutalen Räumung der Finca Nueva Linda Ende August 2004 um einen so genannten innerguatemalteckischen Konflikt handelte – was überhaupt nichts entschuldigt – geht es in diesem Fall um die umstrittene Lizenz zum Goldabbau an ein kanadisches Unternehmen, *Glamis Gold*, welches sein Projekt in Guatemala mit finanzieller Unterstützung der kanadischen Regierung und der Weltbank durchführt.

Die Bevölkerung von Sololá erklärte sich weiterhin in Kampfesstimmung, um "die Mutter Erde und eine Gesunde Umwelt für ihre Kinder zu verteidigen". Sie berufen sich auf das ILO-Abkommen 169, das ihnen eine Mitspracherecht bei Entscheidungen, die Einfluss auf ihre Lebensgrundlage haben, garantiert, sowie auf das Abkommen über die Rechte der indigenen Bevölkerung, in dem z.B. der Schutz der von den Indígenas als heilig erklärten Wälder und Berge gewährleistet ist.

Die Bevölkerung von Sololá sowie

alle, die sich gegen den umweltzerstörenden Raubbau von Gold und anderen Rohstoffen einsetzen, erhielten Solidaritätsbekundungen von sozialen, Indígena- und BäuerInnenorganisationen aus dem In- und Ausland, sowie von Kongressabgeordneten wie Alba Estela Maldonado von der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) oder Roxana Baldetti von der Patriotischen Partei, welche das Vorgehen der Sicherheitskräfte scharf kritisierten.

Innenminister Carlos Vielmann liess am Tag nach den Zusammenstössen Haftbefehle gegen sechzehn mutmassliche AnführerInnen des Protestes ausstellen. Unter anderem auch gegen die indigene Bürgermeisterin Dominga Vásquez, die bereits seit Anfang Dezember auf ihrem Mobiltelefon Morddrohungen wegen ihres Engagements gegen die Minen erhielt. Angeschuldigt werden die sechzehn der Sabotage, Terrorismus, Beschädigung von Privateigentum, etc.

Überhaupt nehmen die Regierungsverantwortlichen schnell und gerne Begriffe wie Aufruhr und Terrorismus zur Hand, um ihr Verhalten zu legitimieren. Der Innenminister machte in einem Interview mit der Tageszeitung *La Hora* gar einen direkten Zusammenhang zwischen den Protesten auf der Finca Nueva Linda, der Besetzung des Staudamms in Chixoy und den Ereignissen von Los Encuentros aus. Auffallend bei dem Interview ist, dass er immer wieder die rhetorische Frage stellte, ob man denn in die Zeit von vor dreissig Jahren zurückwolle – wahrscheinlich, um das repressive Verhalten der Polizei und des Militärs gegenüber den für ihre BürgerInnen- und Menschenrechte kämpfenden BäuerInnen zu rechtfertigen.

Nach dem Einschreiten der Sicherheitskräfte konnte der Lastwagen mit dem Zylinder seinen Weg Richtung San Miguel Ixtahuacán aufnehmen und kam am 13. Januar an seinem Bestimmungsort in der Mine von *Gladis Gold* an.

Noch während in Los Encuentros am Mittwoch der ermordete Raúl Castro Bocel beigesetzt wurde, stellte Präsident Oscar Berger der diplomatischen Öffentlichkeit den neuesten Schwerpunkt seines Programms "Vamos Guatemala", mit dem sinnigen Titel "Guatemala Verde" (Grünes Guatemala) vor. Sein Kommentar dazu: "Es ist das erste Mal, dass die guatemalteckische Staatspolitik mit einem umweltschützenden Bewusstsein betrieben wird." Teilprojekte dieses Programms sind Investitionen in den Öko- und Ethnotourismus, in die Wiederaufzucht und in den Schutz der guatemalteckischen Biodiversität.

Ileana Alamilla ist neue Präsidentin der APG

Guatemala, 14. Jan. Im Jahr 2004 starben weltweit 120 JournalistInnen bei der Ausübung ihres Berufes, 67 allein im Irak und mindestens drei Viertel von allen wurden ermordet. In Guatemala gingen gemäss Angaben des Menschenrechtsprokurats (PDH) im vergangenen Jahr 60 Anzeigen wegen Morddrohungen gegen oder wegen Angriffen auf JournalistInnen ein. Der jüngste Fall betrifft den in Guatemala lebenden kubanischen Schriftsteller und in der Tageszeitung *el Periódico* schreibenden Kolumnisten Ariel Ribaux, auf den am 10. Dezember aus nächster Nähe geschossen wurde, wobei er lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Einschränkung der Pressefreiheit und die Verweigerung des Rechts auf freie Meinungsäusserung in Guatemala ist gemäss Menschenrechtsprokurator Sergio Morales immer noch ein grosses Problem und verleiht der Regierung auf internationaler Ebene ein schlechtes Image.

Auch MitarbeiterInnen der Nachrichtenagentur CERIGUA sind immer wieder Opfer von Drohungen und Übergriffen. Vor einigen Tagen traf es den lo-

kalen Korrespondenten des Departements Sololá, Alfonso Guárquez, der bei der Berichterstattung über die Ereignisse in Los Encuentros von Polizeibeamten behindert und bedroht wurde. Vom Departementsgouverneur wurde er gar beschuldigt, einer der Drahtzieher des Protests gewesen zu sein, was mit der Ausstellung eines Haftbefehls gegen ihn quittiert wurde.

Neben der täglichen Verbreitung selbst recherchierter Information verpflichtet sich CERIGUA auch der kritischen Analyse der Berichterstattung der guatemaltekischen Mainstream-Medien sowie dem Führen einer Statistik über die Übergriffe auf Medienschaffende. CERIGUA leistet einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von sozialen KommunikatorInnen und zur Demokratisierung des Wortes, zu einer Medienberichterstattung also, in der auch die Betroffenen zu Wort kommen und auch die Marginalisierten eine Stimme haben.

Am 13. Dezember 2004 wurde die langjährige Direktorin von CERIGUA, Ileana Alamilla, zur Präsidentin der guatemaltekischen JournalistInnenvereinigung APG gewählt und trat am 14. Janu-

ar 2005 an. Alamilla ist die dritte Frau in der Geschichte der APG, welche dieses Amt bekleidet. In einem Interview in *Radio Punto* erklärte sie, ihr Ziel sei es, die APG institutionell zu stärken, den bedrohten JournalistInnen Beistand zu leisten und die Pressefreiheit zu fördern. Auch wolle sie die APG besser vernetzen, international wie national, und vor allem in Guatemala selber eine bessere Zusammenarbeit mit den unabhängigen und organisierten JournalistInnen in den Departements suchen.

Auch das Thema Berufsethik will sie in die Agenda der APG aufnehmen. JournalistIn zu sein sei ein Beruf, eine Berufung und eine Kunst, und wer in diesem Sektor tätig sei, verpflichte sich einem sozialen Engagement und Service. JournalistInnen müssten verantwortungsbewusst arbeiten und sich auch der Kritik stellen können, denn auch sie seien bloss Menschen, die Fehler begehen, erklärte Alamilla.

Seitens der ¡Fijáte!-Redaktion gratulieren wir Ileana Alamilla zu ihrer Ernennung als Präsidentin der APG und hoffen, ihre letztgenannte Anforderung zu erfüllen.

Angriffe gegen soziale Organisationen

Guatemala, 11. Jan. Am 26. Dez. wurde das Büro der Frauenorganisation *Convergencia Política y Ciudadana de Mujeres* von Unbekannten überfallen. Dies trotz der wegen der Weihnachtsferien getroffenen Sicherheitsvorkehrungen, die darin bestanden, dass täglich eine der Mitarbeiterinnen in der Organisation vorbeischaute. Auch die NachbarInnen, eine von Privatpolizisten bewachte Fabrik, merkten nichts von dem Überfall. Die Mitarbeiterin, welche dem Büro am 27. Dez. einen Kontrollbesuch abstattete, fand die Räumlichkeiten ausgeräumt. Offenbar wurde das Eingangstor gewaltsam geöffnet, so dass sogar ein Auto hineinfahren und das ganze Material der Organisation abtransportieren konnte. *Convergencia* ist eine Frauenorganisation, die sich vor allem durch politische Lobbyarbeit für die Rechte der Frauen einsetzt.

Am frühen Morgen des 9. Jan. wurde das neu bezogene und Stunden zuvor eingeweihte Büro der Jugendorganisation HIJOS, Söhne und Töchter von während des Krieges verschwundenen Personen, ausgeräumt. Eine Verstärkeranlage, drei Computer, Adresslisten sowie Archive, in denen die HIJOS Material über die Repressionszeit gesammelt haben, wurden von den Eindringlingen mitgenommen. Dies ist bereits der zweite Überfall auf das Büro der Organisati-

on, der erste fand im Jahr 2000 statt. Raúl Nájas, einer der HIJOS, erklärte Personen der parallelen Strukturen als verantwortlich für den Überfall. Regelmässig wenn Wechsel in den Militärstrukturen stattfänden, würden die Organisation und ihre Mitglieder bedroht.

Am 11. Jan. schliesslich erreichte eine Bombendrohung das Menschenrechtszentrum CALDH und hatte die Evakuierung der MitarbeiterInnen zur Folge. Auch für diese Organisation sind Bedrohungen und Einschüchterungen nichts Neues, nebst direkten Drohungen gegen einzelne MitarbeiterInnen erhielt CALDH im Sommer 2004 bereits eine Bombendrohung.

Sowohl HIJOS wie CALDH sehen

die Angriffe auf ihre Organisationen im Zusammenhang mit den von den PAC ausgesprochenen Drohungen, sie würden Menschenrechtsorganisationen „besuchen“, die sich gegen die Entschädigungszahlungen an ihre Mitglieder aussprechen. Ebenfalls wird es als der Versuch einer Drohung verstanden, man solle die Forderung nach einer Untersuchungskommission für klandestine Strukturen (CICIACS) einstellen.

In allen drei Fällen fordern die Betroffenen eine sofortige Untersuchung seitens der zuständigen Behörden sowie die entsprechenden Schutzmassnahmen, damit nicht noch weitere Organisationen Opfer von ähnlichen Übergriffen werden.

Protest nach einem Jahr Berger

Guatemala, 15. Jan. Die Blumen, welche DemonstrantInnen vor den Türen des Regierungspalastes niederlegten, galten nicht als Dank oder Anerkennung an Präsident Oscar Berger sondern erinnerten an die Toten bei den gewaltvollen Polizeiaktionen auf der Finca Nueva Linda und in Los Encuentros. Zur Demonstration anlässlich des ersten Jahrestags der Regierung Berger aufgerufen hatten Gewerkschaften und BäuerInnen. Zentrales Thema des Protests waren die gewalttätigen Ereignisse ge-

gen die GegnerInnen der Minen sowie die Ablehnung des Freihandelsabkommens mit den USA. Im ersten Jahr seiner Regierungszeit hätten vor allem die Unternehmer von Bergers Politik profitiert, wurde kritisiert und eingefordert, dass endlich die entsprechenden Massnahmen zur Umsetzung der Friedensabkommen eingeleitet würden.

In einer kürzlich durchgeführten Umfrage gaben 54,8 % der Befragten Berger "noch eine Chance", habe er doch seine Regierungszeit erst begonnen.

Die PAC – Täter oder Opfer?

Guatemala, 11. Jan. Noch im Dezember manövrierte das Verfassungsgericht (CC) die Diskussion um die Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC), in eine weitere Pattsituation. Unmittelbar nachdem der Kongress Ende Oktober grünes Licht für die Zahlungen an die Ex-PAC gab (siehe ¡Fijáte! 322), reichten die GegnerInnen dieser Massnahme einen dritten Rekurs ein, dem das Verfassungsgericht stattgab. Die Ex-PAC reagierten darauf mit der Bitte an die Menschenrechtsorganisationen, diese "konfrontativen Aktionen" zu unterlassen, immerhin seien davon über eine Million Menschen betroffen. Gleichzeitig drohten sie, ob sie ihre Basis weiterhin unter Kontrolle halten könnten.

In einer Presseerklärung vom 19. Nov. argumentierte die am Rekurs beteiligte Mirna Mack-Stiftung u.a., dass die Mitglieder der Ex-PAC keine Staatsangestellten gewesen seien und entsprechend kein Anrecht hätten auf eine Entschädigung oder Kompensation seitens des Staates. Weiter müsse erst einmal definiert werden, ob die Ex-PAC eine vom Militär unter Zwang und als Teil der aufstandsbekämpfenden Politik eingesetzte, paramilitärische Kraft waren oder ob sie, wie vom Militär behauptet wird, sich selbständig und freiwillig organisierten, um die Armee bei der Bekämpfung der Guerilla zu unterstützen. Im ersten Fall würde es sich eindeutig um eine Menschenrechtsverletzung handeln und der Staat, konkret das Militär, müsste sich den entsprechenden politischen und juristischen Konsequenzen unterziehen. Im zweiten Fall würde die Freiwilligkeit der PAC den Staat von jeglicher Verpflichtung bezüglich einer Entschädigung entbinden.

Die Ex-PAC selber reagierten im ersten Moment zurückhaltend auf das Urteil des Verfassungsgerichts. Mario López Tahuite, Ex-PAC-Anführer von der Südküste erklärte, man stehe weiterhin in Verhandlung mit der Regierung über die Auszahlung der Kompensation. Gegen Ende des Jahres gingen Gerüchte um, die Ex-PAC planten die Besetzung wichtiger Strassenkreuzungen, des Verfassungsgerichts, des Menschenrechtsprokurats (PDH) und derjenigen Menschenrechtsorganisationen, die am Einspruch beteiligt waren.

Am 10. Jan. trafen sich die Ex-PAC erneut zu einem Treffen mit der für sie zuständigen Regierungskommission. Diese machte ihnen verschiedene Vorschläge, wie eine Entschädigung aussehen könnte, sollte das Verfassungsgericht die Barauszahlung von rund 5'200 Quetzales pro Patrouillist definitiv untersagen. Angeboten wurden Projekte im Landwirtschaftsbereich, Material für den Hausbau, Auf-

forstungsprojekte sowie der Erlös aus den Mautgebühren der erst noch zu bauenden Autobahn Richtung Atlantikküste. Nach Abschluss des Treffens, bereits ausserhalb des Präsidentschaftsgebäudes, brach der seit Monaten schwelende Konflikt zwischen den verschiedenen Ex-PAC-Gruppen offen und handgreiflich aus. López Tahuite und seinen Leuten wurde vom *Nationalen Rat der Zivilpatrouillen* vorgeworfen, er habe sich durch die Bereitschaft, über Projekte statt nur über Bargeld zu verhandeln, an die Regierung verkauft und die Ex-PAC-Bewegung verraten. Man habe ihnen Geld versprochen und Geld sei, was sie wollten, sagte Francisco Oxom vom *Nationalen Rat der PAC*.

Ein weiterer Streitpunkt ist das Angebot von López Tahuite, dass die reorganisierten PAC die Regierung beim Kampf gegen die Delinquenz unterstützen könnten. "Die Regierung investiert Unmengen von Geld in die Sicherheit, ohne bemerkenswerte Ergebnisse. Wir versprechen, dass wir mit 500 Quetzales, die jedem Ex-Patrouillero monatlich bezahlt werden, in drei Monaten die Sicherheit und Ruhe im Land wieder herstellen", versicherte Tahuite gegenüber der Tageszeitung *La Hora*. Gemäss Efraín Oliva, Mitglied der Verhandlungskommission mit den Ex-PAC, muss über dieses Angebot der Kongress entscheiden.

Noch im Dezember rief das Menschenrechtszentrum CALDH diejenigen PAC auf, die sich als Opfer fühlten, weil sie zu ihrem Dienst gezwungen worden seien, oder weil sie Einschüchterung, Folter oder Drohungen im Rahmen ihres Rekrutierungsprozesses erlebten, dies öffentlich und vor Gericht anzuzeigen und auf diesem Weg die ihnen zustehende Entschädigung zu erhalten.

Vielleicht in diesem Zusammenhang muss man die Diskussion darüber verstehen, dass Mitglieder der Zivilpatrouillen in die Liste der Opfer aufgenommen werden und im Rahmen des *Nationalen Ent-*

schädigungsprogramms (PNR) eine Wiedergutmachung erhalten sollen. Die entsprechenden Überlegungen wurden von Carlos Aldana, Koordinator der Technischen Einheit des PNR bestätigt. Der Einschluss von Ex-PAC in die Opferlisten sei ein konfliktives Thema, so Aldana, und müsse von der von Rosalina Tuyuc präsidierten Wiedergutmachungskommission erst noch analysiert und entschieden werden.

Die von Aldana geleitete Technische Abteilung habe in den zwei Monaten seit Aufnahme ihrer Arbeit 620 Interviews geführt, wovon 411 Fälle als entschädigungsberechtigt begutachtet wurden. Unter anderem hätten sie auch Aussagen von Ex-Patrouillisten aufgenommen, die sich als Opfer deklarierten. Um in den Genuss einer Wiedergutmachung zu kommen, würden vier Kriterien berücksichtigt: Die Art der Menschenrechtsverletzung, der jemand zum Opfer fiel, die Konsequenzen, die ein solches Verbrechen für die Person hatte, die aktuellen Lebensumstände einer Person sowie deren Zukunftsaussichten.

Rosalina Tuyuc ihrerseits gab bekannt, dass von den insgesamt 30 Mio. Quetzales, welche das Entschädigungsprogramm im Jahr 2004 zur Verfügung hatte, bloss 2 Mio. eingesetzt worden seien. Die restlichen 28 Mio. Quetzales wurden dem UNO-Entwicklungsprogramm (PNUD) übergeben, mit der Auflage, das Geld im Sinne des Programms, also in Wiedergutmachungsprojekte, zu verwenden. Gemäss Tuyuc sei man mit einer exzessiven Bürokratie konfrontiert gewesen, ausserdem habe man mangels einer Liste der Opfer noch keine Zahlungen oder Programme ausführen können. Um das Geld nicht zu "verlieren" (die Auflage war, dass die bis Jahresende nicht ausgegebenen Gelder an die Regierung zurück bezahlt werden müssen), habe man sich entschieden, es an eine internationale, vertrauenswürdige Institution zu übergeben.

Streik bei den Fluglotsen

Guatemala, 14. Jan. Der Saldo eines 2-tägigen Streiks um höhere Löhne der Fluglotsen des guatemalteckischen Flughafens La Aurora ist die Annullierung von über 60 Flügen, die Entlassung von über 80 Lotsen sowie die Verhaftung von fünf von ihnen. Unterdessen konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden, kurzfristig und vorübergehend wurde Personal aus Mexiko, El Salvador und Costa Rica eingestellt.

Präsident Berger versicherte, dass der Arbeitskonflikt mit den Fluglotsen nichts Neues sei. Mit den erfolgten Massnahmen wolle man ein für alle Mal

das Problem lösen, niemand der Streikenden würde wieder eingestellt und gegen das entlassene Personal würden ausserdem juristische Massnahmen ergriffen. Zusätzlich werde in Kürze eine peruanische Firma damit beauftragt, den Flugverkehr zu regeln und guatemalteckisches Personal dafür zu schulen.

Unterdessen hat das Personal des Zentralamerikanischen Radarsystems, das den Flugverkehr der ganzen Region regelt, den verhafteten Kollegen in Guatemala ihre Solidarität ausgesprochen und drohen damit, einen 48-stündigen Streik durchzuführen.